

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 10, 2023

1. Niedersachsen

1.1. Osnabrück: Islamkolleg Deutschland verabschiedet erste Absolventen

Das 2021 gegründete „Islamkolleg Deutschland e.V.“ hat den ersten Ausbildungsjahrgang verabschiedet. Vierzehn Männer und drei Frauen hätten an der zweijährigen grundständigen islamtheologisch-praktischen Ausbildung erfolgreich teilgenommen, teilte das Kolleg mit. Sie könnten als Imame und Gemeindepädagoginnen sowie als Seelsorgerinnen und Seelsorger arbeiten.

Der wissenschaftliche Direktor des Kollegs, Bülent Ucar, forderte in diesem Zusammenhang erneut bessere berufliche Perspektiven für die Absolventen. Die Moscheegemeinden hätten nicht die Kraft, in Deutschland ausgebildete Imame einzustellen, sagte er dem Evangelischen Pressedienst (epd). Imame, die ein Studium und eine praktische Ausbildung abgeschlossen hätten, erwarteten zu Recht angemessen bezahlte Jobs. Eine Unterstützung seitens des Bundes und der Länder sei dringend notwendig. Nur dann könne das Islamkolleg Schule machen.

Der am Kolleg beteiligte Zentralrat der Muslime kritisierte, die Politik gehe nicht auf die konstruktiven Vorschläge ein. Sie würden „stiefmütterlich“ behandelt, sagte der Vorsitzende Aiman Mazyek dem epd. „Eine Entwicklung, die ich seit geraumer Zeit in Deutschland beobachte. Weltmeisterlich in der Kritik über die islamische Verbandslandschaft, spärlich in der Bereitschaft, wirklich alternative Modelle nachhaltig zu unterstützen“ ([mehr](#)).

1.2. EKD und Koordinationsrat der Muslime einig gegen Antisemitismus und Islamfeindschaft

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und der Koordinationsrat der Muslime haben sich angesichts von Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindschaft für einen starken Zusammenhalt der Gesellschaft ausgesprochen. „Rassistische, antisemitische oder islamophobe Äußerungen vertragen sich nicht mit Gottes Liebe“, sagte die Ratsvorsitzende der EKD, Annette Kurschus, in Hannover, wo sich die EKD und der Koordinationsrat der Muslime zu ihrem jährlichen Gespräch trafen.

Musa Ferati vom Koordinationsrat der Muslime forderte, die Haltung der Religionsgemeinschaften dürfe mit Blick auf die freiheitlich-demokratischen Werte durch die derzeitigen ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen nicht vernachlässigt werden. „Es bedarf des Zusammenhaltes und der Geschwisterlichkeit“, sagte er. EKD und Koordinationsrat verabredeten, in Zukunft gemeinsame Fortbildungsangebote für Pfarrer, Pfarrerinnen und Imame anzubieten ([mehr](#)).

1.3. Religionsgemeinschaften verurteilen Angriff auf Israel

Niedersächsische Religionsgemeinschaften haben die Angriffe der Hamas auf Israel verurteilt.

Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister erklärte: „Der brutale Angriff der Hamas und der mit ihr verbündeten Gruppierungen auf Israel ist menschenverachtend und in keiner Weise zu rechtfertigen“. Die hannoversche Landeskirche stehe an der Seite Israels, dessen Existenzrecht mit allen Kräften verteidigt werden müsse. „Mit großer Angst sehen wir, wie auch die wenigen Hoffnungen auf ein friedliches Miteinander von Israelis und Palästinensern durch die mörderischen Gewalttaten der Terroristen zunichtegemacht werden“. In Gebeten und Gedanken sei er bei allen Menschen in Israel, „die um ihr Leben bangen, die verwundet wurden, um Getötete trauern und um Vermisste bangen“, so Meister. Er bete auch „für all jene Menschen in den palästinensischen Gebieten, die jetzt grausam darunter leiden müssen, was andere rücksichtslos entfesselt haben“ ([mehr](#)).

Der Landesverband der Muslime (Schura) und der Landesverband der Juden riefen ihre Mitglieder und Gemeinschaften in einem gemeinsamen Appell zu einem friedlichen und respektvollen Umgang auf. „Wir lassen nicht zu, dass sich trotz aller Schmerzen und Differenzen hier in Niedersachsen Hass und gar Gewalt entzündet“, erklärten der Präsident des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, Michael Fürst, und der Vorsitzende der Schura, Kerim Ocakdan. Beide Verbände verurteilten die Terrorangriffe. „Der Terror der Hamas, mit dem diese seit Sonnabend Israel und dort insbesondere die Zivilbevölkerung überzieht, ist durch nichts zu rechtfertigen.“ Die Bilder von Kämpfen und Bombardements seien zutiefst erschütternd. „Wir verurteilen den vielfachen Mord von unschuldigen Zivilisten, darunter Frauen, Kinder und alte Menschen, ohne Wenn und Aber“ ([mehr](#)).

1.4. Verfasser der Drohbriefe gegen Moschee in Hannover ermittelt

Die Polizei Osnabrück hat den mutmaßlichen Verfasser der rechtsextremen Drohbriefe an verschiedene Moscheen in Deutschland ermittelt. Ein 50 Jahre alter Mann aus Hagen in Westfalen habe die Taten gestanden, sagten Vertreter von Staatsanwaltschaft und Polizei in Osnabrück. Es handle sich nach dem bisherigen Ermittlungsstand um einen Einzeltäter und eine Beziehungstat.

Polizeipräsident Michael Maßmann betonte, die Briefserie stehe nicht im Zusammenhang mit einer anderen Serie von NSU-Schreiben. Diese hätten erwiesenermaßen ein rechtsextremes Motiv. Der Mann aus Hagen habe als Trittbrettfahrer gehandelt. Maßmann sagte weiter, er habe die betroffenen Moscheegemeinden persönlich über den Ermittlungserfolg informiert.

Der Islamverband Schura Niedersachsen reagierte mit Erleichterung: „Wir sind äußerst dankbar für die entschlossene Arbeit der Polizei Osnabrück und aller beteiligten Ermittlerinnen und Ermittler. Ihr Einsatz hat dazu beigetragen, dass unsere Gemeinden wieder ein Gefühl der Sicherheit erfahren können“, sagte der Vorsitzende Kerim Ocakdan ([mehr](#)).

1.5. Evangelische Kirchen wollen Extremisten in ihren Vorständen verhindern

Die fünf evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen wollen den Einzug von Menschen mit extremistischen Haltungen in ihre Kirchenvorstände und Gemeindegremien verhindern. Sie veröffentlichten eine Handreichung mit theologischen und kirchenrechtlichen Bestimmungen.

„Wenn sich jemand rassistisch, antisemitisch, islamfeindlich, queerfeindlich oder demokratiefeindlich äußert, kommt diese Person für ein kirchliches Leitungsgremium nicht infrage“, sagte der Ratsvorsitzende der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, der Oldenburger Landesbischof Thomas Adomeit.

Die AfD im niedersächsischen Landtag kritisierte die Handreichung. Die Kirchen wollten offenbar Mitglieder der AfD von den anstehenden Wahlen für kirchliche Leitungsgremien ausgrenzen, sagte der religionspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Jens-Christoph Brockmann. Die evangelische Kirche predige „Ausgrenzung und Hass gegen politisch Andersdenkende“ und untergrabe damit die Demokratie. Sie wende sich offensichtlich immer weiter von den christlichen Werten ab ([mehr](#)). Der Antisemitismusbeauftragte des Landes Niedersachsen, Gerhard Wegner, begrüßte die neuen Regeln ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Solidarität aus Deutschland nach Angriff der Hamas auf Israel

Der brutale Angriff der im Gazastreifen herrschenden „Islamischen Widerstandsbewegung“ (Hamas) auf den Staat Israel am 7. Oktober hat zu vielen entsetzten Reaktionen und Solidaritätsbekundungen in Deutschland geführt.

Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verurteilten die Angriffe und erklärten sich mit Israel solidarisch. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier telefonierte laut Bundespräsidialamt mit seinem israelischen Amtskollegen Isaac Herzog. Dieser habe ihm „von dem schockierenden Ausmaß der Angriffe der Hamas an mehreren Orten seines Landes berichtet“. Israel müsse sich gegen „brutalen Terror verteidigen“. „Meine volle Solidarität gilt unseren angegriffenen israelischen Freunden“, so der Bundespräsident.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) äußerte sich zutiefst erschüttert. „Deutschland verurteilt diese Angriffe der Hamas und steht an Israels Seite“, versicherte er. Das Auswärtige Amt prangerte „die abscheuliche Gewalt der Hamas gegen Zivilistinnen und Zivilisten“ an. „Dieser Terror muss sofort gestoppt werden.“

Auch die christlichen Kirchen solidarisierten sich mit Israel. „Ich verurteile die furchtbaren terroristischen Angriffe zutiefst“, sagte die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Annette Kurschus, dem Evangelischen Pressedienst. „Unsere Gedanken und Gebete sind bei den Menschen in Israel, deren Land wir noch vor wenigen Tagen besucht haben.“ Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Georg Bätzing, sprach von einer „gefährlichen Eskalation“. Er bete für die Opfer und trauere um die Toten.

Die Hamas hatte Israel am Morgen des 7. Oktober, eines Samstags mitten in den Feierlichkeiten zu den jüdischen Festen Sukkot (Laubhüttenfest) und Simchat Tora (Fest der Freude an der Tora), angegriffen. Dabei kamen mindestens 1.200 Menschen zu Tode. Etwa 200 Personen wurden als Geiseln in den Gazastreifen entführt. „Israel befindet sich im Krieg“, teilte die israelische Botschaft in Berlin mit. „Die Terrororganisation Hamas hat Israel heute Morgen angegriffen. Israel wird alles Notwendige tun, um sich und seine Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen“ ([mehr](#)).

2.2. Kritik an ersten Reaktionen islamischer Verbände auf Hamas-Terror

Die ersten Reaktionen der großen islamischen Verbände in Deutschland auf den Angriff der Hamas sind auf Kritik gestoßen.

Stellvertretend für viele sagte der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, er habe den Eindruck, dass „nun auch alle Politiker in Deutschland verstanden haben“, wer die Hamas in Wahrheit sei. Zu lange sei sie „mit Samthandschuhen angefasst“ worden. „Die Härte, die wir jetzt sehen, hat mir gefehlt.“ Organisationen wie der Verein „Samidoun“, die den Terror auf der Straße gefeiert und Süßigkeiten verteilt hatten, müssten „verboten werden, das ist längst überfällig.“ Zugleich seien die

Reaktionen der muslimischen Verbände „völlig ungenügend.“ Die Verbände müssten „ihr Verhältnis zum Hass auf Israel und dem Antisemitismus klären. Das ist längst überfällig. Es darf kein Verständnis mehr für Organisationen geben, die in irgendeinem Zusammenhang mit der Hamas stehen“ ([mehr](#)).

Der Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Erbas, hatte in seiner Freitagspredigt vom 13. Oktober Israel als „rostiger Dolch, der im Herzen der islamischen Geographie steckt“ bezeichnet. Keine Herrschaft, „die auf dem Blut Unschuldiger aufgebaut ist,“ könne „lange überleben.“ Heute finde „in Gaza vor den Augen der ganzen Welt die größte Tyrannei der Geschichte statt. Angesichts all dieser Tyrannei und Unterdrückung bleibt den Muslimen keine andere Wahl, als im Kampf für die Freiheit Widerstand zu leisten“ (wie es die Hamas, die „Islamische Widerstandsbewegung“, tut). Die muslimische Gemeinschaft (Umma) rief er dazu auf, „unsere palästinensischen Brüder in ihrem rechtmäßigen Kampf materiell und moralisch zu unterstützen; alle Anstrengungen zu unternehmen, damit sie ihr besetztes Land zurückerlangen können“ ([mehr](#)).

Der mit der türkischen Diyanet auf engste verbundene DITIB-Bundesverband in Köln ließ die Aussagen des Diyanet-Vorsitzenden auf Nachfrage des WDR unkommentiert. In seiner eigenen Freitagspredigt beklagte er „alle terroristischen Handlungen, unabhängig davon, von wem sie ausgehen und gegen wen sie gerichtet sind“ ([mehr](#)). Ähnlich äußerte sich der Koordinationsrat der Muslime in Deutschland ([hier](#)).

Unterdessen lud die nordrhein-westfälische Landesregierung die islamischen Verbände zu einem dringenden Treffen in die Staatskanzlei ein. Der Einladung von Minister Nathanael Liminski (CDU) seien unter anderem der Zentralrat der Muslime und DITIB gefolgt, teilte die Staatskanzlei mit. Im Anschluss betonten die Teilnehmer, „die Gräueltaten der Hamas gegen die israelische Bevölkerung uneingeschränkt zu verurteilen“. Gemeinsam verurteile man den Aufruf der Hamas, weltweit jüdische Einrichtungen anzugreifen. „Wir werden nicht zulassen, dass die terroristischen Angriffe der Hamas auf unseren Straßen bejubelt oder auch nur relativiert werden“, heißt es in einem Papier. Jegliche Form von Antisemitismus habe in NRW keinen Platz ([mehr](#)). Ähnlich äußerte sich der Generalsekretär der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs, Ali Mete. „Das ist ein terroristischer Anschlag, ohne Wenn und Aber“, sagte Mete der Wochenzeitung „Die Zeit“ laut Vorabmeldung.

Auch das Bundesinnenministerium lud die islamischen Verbände zu einem kurzfristig anberaumten Gespräch ein ([mehr](#)). Zugleich kündigte es ein Betätigungsverbot der Hamas und ein Verbot der Gruppierung Samidoun an ([mehr](#)).

2.3. Was sonst noch war

- Dortmund: Christlich-islamisches Dialogforum Dortmund gegründet ([mehr](#))
- Diskussion um Rückzug des Journalisten Constantin Schreiber aus der medialen Öffentlichkeit zum Thema Islam ([mehr](#); [mehr](#))
- Bundesinnenministerin verbietet rechtsextremistische Vereinigung „Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ ([mehr](#))
- Arras: Entsetzen nach Ermordung eines Lehrers durch einen ehemaligen Schüler; Präsident Emmanuel Macron: „die Barbarei des islamistischen Terrorismus hat wieder in einer Schule zugeschlagen“ ([mehr](#))
- Brüssel: Entsetzen nach Ermordung zweier schwedischer Touristen durch einen Tunesier ([mehr](#)).

3. Meinungsforschung

3.1. Friedrich-Ebert-Stiftung: Rechtsextreme Einstellungen nehmen zu

Extrem rechte Einstellungen werden salonfähiger. Zu diesem Ergebnis kommt die neue „Mitte-Studie“ der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung ([hier](#)).

Wichtige Ergebnisse:

- 8 Prozent der Befragten teilen ein rechtsextremes Weltbild. Das ist ein starker Anstieg (2014–2021: 2–3 Prozent).
- 6 Prozent befürworten eine Diktatur mit einer einzigen starken Partei und einem Führer für Deutschland (2014–2021: 2–4 Prozent).
- 16 Prozent behaupten eine nationale Überlegenheit Deutschlands, fordern „endlich wieder“ Mut zu einem starken Nationalgefühl und eine Politik, deren oberstes Ziel es sein sollte, dem Land die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zustehe (2014–2021: 9–13 Prozent).
- 15,5 Prozent verorten sich selbst rechts der Mitte (zuvor: 10 Prozent).
- 18 Prozent befürworten ein Einwanderungsverbot für Muslime (2018–21: 11–12 Prozent) ([mehr](#)).

Der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Martin Schulz, sagte, die Ergebnisse der Studie zeigten, „dass sich Teile der Mitte der Gesellschaft von der Demokratie distanzieren oder das Vertrauen in funktionierende Institutionen verloren haben.“ Das sei „erschreckend“ und gebiete „konsequentes Handeln – von der Politik, aber auch aus der Gesellschaft selbst“ ([mehr](#)).

3.2. YouGov: Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland besucht nie einen Gottesdienst

64 Prozent der Menschen in Deutschland ab 18 Jahren besuchen nie einen Gottesdienst. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag von katholisch.de.

Auf die Religionsgemeinschaften bezogen ergaben sich folgende Werte: Katholisch 49 Prozent; Evangelisch 53 Prozent; Muslimisch 22 Prozent. Jede Woche in die Kirche bzw. Moschee gehen danach 4 (evangelisch), 10 (katholisch) bzw. 17 Prozent (muslimisch) ([mehr](#)).

4. Video

4.1. Die Kunst der Koranrezitation – Tajwid

Religionen im Gespräch

Gast: Murat Karacan, Islamkolleg Deutschland, Osnabrück

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

4.2. Koran und Bibel – ein Vergleich

Forum am Freitag

Gast: Wolfgang Reinbold, Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers

Moderation: Abdul-Ahmad Rashid, ZDF ([mehr](#)).

Hannover, den 18.10.2023

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.